

VORBRAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO, FALKEN UND GEWERKSCHAFTEN

Nr. 60

OKTOBER/NOVEMBER 82

Preis: 1,00 DM Solidaritätspreis: 1,50 DM



SPD muss für absolute Mehrheit kämpfen

STÜRZT DIE KOHL-REGIERUNG!

Jetzt sozialistische Offensive gegen das Kapital

Seit dem 1. Oktober haben wir in Bonn eine rechte und reaktionäre Regierung, von der die Arbeiter nichts Gutes zu erwarten haben. Die Reichen werden noch reicher, die Armen noch ärmer.

Die Unternehmer und Selbständigen werden durch Subventionen, Steuererleichterungen und Steuergeschenke entlastet.

Dafür bittet man uns durch Mehrwertsteuererhöhung und scharfen Sozialabbau zur Kasse.

Wir erleben jetzt erst den Anfang – aber der ist schon Grund genug für uns Arbeiter und Angestellte, diese Regierung zum Teufel zu jagen. Jeder weitere Tag

unter Kohl und Genscher ist ein Tag zu viel.

Die Wahlergebnisse in Hessen und Bayern haben (auf den Bund hochgerechnet) gezeigt, daß es möglich ist, diese Regierung zu stoppen. Viele Arbeiter haben gerade jetzt SPD gewählt, weil sie mit dieser Rotstiftpolitik nicht einverstanden sind. Wenn sie für Sozialabbau und Senkung des Lebensstandards wären, dann könnten sie ja zwischen den beiden Parteien des Großkapitals, CDU/CSU und FDP wählen. In Hessen hat unsere Partei deshalb noch so viele Arbeiterstimmen bekommen, weil sie ein

klein wenig kämpferisch gegen die FDP und die Reichen aufgetreten ist. Doch dabei darf es nicht bleiben.

Die nächste SPD-Regierung darf nicht mehr die Fehler der letzten Jahre wiederholen und sich für das schmutzige Geschäft der sozialen Demontage hergeben. Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel.

Wenn sich die freie Marktwirtschaft den Sozialstaat nicht mehr leisten kann, dann können wir uns die ach so "freie" Marktwirtschaft nicht mehr leisten. Schluß mit dem kapitalistischen Wirtschaftschao:

Die SPD braucht ein sozialistisches Programm. Großkonzerne, Banken und Versicherungen müssen in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Arbeiterkontrolle gestellt werden. Jeder Arbeiter, jede Maschine und jedes Gramm Arbeits-Material müssen so planvoll eingesetzt werden, daß unser Wohlstand

steigt. Dann sind auch die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, ein garantierter Mindestlohn von 1500.-DM und sechs Wochen bezahlter Mindesturlaub für alle möglich.

Thomas Melchert, Aalen
Juso-AG-Sprecher

WIDERSTAND GEGEN KÜRZUNGEN!

Hans Blunck
SPD-Mitglied
Stuttgart

In diesen Wochen veranstaltet der DGB in allen Bundesländern Demonstrationen und Kundgebungen gegen staatliche Sparpolitik und Sozialabbau.

Diese Aktionen waren schon geplant, als die SPD/FDP-Regierung für den Haushalt 1983 drastische Einschnitte überall dort

angepackt hatte, wo es den "kleinen Mann" schmerzt.

Die Kürzungen im Rahmen der "Operation '82" waren im Vergleich dazu harmlos. Doch schon dagegen hatten 70.000 baden-württembergische Gewerkschafter am 7.11.'81 demonstriert.

Jetzt wird die CDU/CSU/FDP mit harter Hand fortsetzen, was die "sozialliberale" Koalition zaghaft angefangen hat.

Die Unternehmer werden durch Steuererleichterung und Subventionen um viele Millionen bereichert. Ansonsten wird keiner verschont:

Die Mehrwertsteuer wird auf 14 Prozent erhöht. Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst werden real gekürzt. Die Arbeitslosen werden in der Rentenversicherung schlechter eingestuft.

Es gibt weniger Wohngeld und weniger Kindergeld. Die Rentenerhöhung wird um ein halbes Jahr verschoben. Krankenhauspatienten müssen 2 Wochen lang täglich 5.- DM Eigenbeteiligung aufbringen. Schüler bekommen kein Bafög mehr. Mieterhöhungen werden erleichtert.

Dies ist erst die Spitze des Eisberges. Wenn diese Regierung Neuwahlen im März überleben sollte, dann drohen noch größere Schläge. Karenztage bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Senkung von Arbeitslosen-

geld und Sozialhilfe, Lohnstopp.

Dagegen ist massiver Widerstand nötig. Daß die Betroffenen wissen, was auf sie zukommt, zeigte die Beamtendemonstration des DGB am 7. September, zu der über 40.000 nach Bonn kamen.

"Die Belastungen gerecht verteilen" – fordert der DGB. Er nimmt damit hin, daß überhaupt gespart werden soll. Aber was rechtfertigt denn überhaupt diese Sparpolitik?

Ist es denn die Schuld der Arbeiter und Angestellten, daß 2 Millionen arbeitslos sind, daß der Absatz stockt und der Staat stark verschuldet ist? Sollen wir jetzt wieder "gerecht" dazu beitragen, die Profite der Unternehmer zu sanieren? Was ist das für eine Gesellschaft, in der 2 Millionen Arbeitswillige mit allerlei Talenten nicht arbeiten dürfen, aber gleichzeitig Millionen menschenwürdiger Wohnungen fehlen und soziale und kulturelle Einrichtungen wieder abgebaut werden?

Was für eine Wirtschafts"ordnung", die riesige Produktionsan-

lagen aufbaut und sie dann stilllegt und zerstört? Was für ein System, das technologische Wunder fertigbringt und gleichzeitig immer mehr Menschen unter die Armutsschwelle drückt?

Zerbrechen wir uns nicht den Kopf des Kapitals! Wehren wir uns gegen alle Kürzungen!

Der Kohl-Regierung muß gleich am Anfang ihrer Regierung gezeigt werden, woher der Wind weht, darum: Jetzt erst recht – heraus gegen Kürzungen!



Der DGB muß zusammen mit der SPD gegen die Kohl-Regierung mobilisieren.



Wenn alle Opfer bringen - wollen auch die Rentner und Kriegsoffer nicht zurückstehen.

ARTIKEL ÜBER

- Russische Revolution
- Perspektiven zum Regierungswechsel
- Labour-Parteitag
- Wahlen in Schweden
- Entlassungen
- Arbeitslosigkeit

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung
für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.
Erscheint seit Dezember 1973.

Abonnementspreis: 7,-DM für sechs Ausgaben
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid
Telefon: 0 21 91 / 8 12 64

Bankverbindung: PschA Essen, H.G. Öfinger, Konto Nr. 170 20 - 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger
Druck: Gegendruck, Reuenberg 32, 430

ihf da oben...
... wir da unten

FRANZ-JOSEF STRAUSS

Welche rechtsstaatlichen Auffassungen die jetzt auch in Bonn mitregierende CSU unter Strauß vertritt, hat sie kürzlich wieder demonstriert.

Zum 2. Jahrestag des Münchner Oktoberfestes, bei dem 12 Menschen ums Leben kamen, sollte eine Veranstaltung stattfinden unter dem Motto "Es klagen an". Opfer, Angehörige und Sachverständige des faschistischen Anschlages beim Oktoberfest, der Aktivitäten der türkischen Faschisten "graue Wölfe", des Anschlages eines Rechtsextremisten in einer Nürnberger Diskothek, weiterhin mit Berufsverboten belegte Lehrer, Betroffene der Massenverhaftung in Nürnberg, von Berufsverboten, von Bespitzelung des bayrischen Verfassungsschutzes u.v.m. - sie alle wollten öffentlich die von Strauß zu verantwortende Politik in Bayern anklagen. Doch die Stadt München verbietet die Demonstration. Begründung: das Thema verletze "m ö g l i c h e r w e i s e" verschiedene Tatbestände des Strafgesetzbuches", Dr. Strauß solle "ins Zwielflicht gerückt und verächtlich gemacht werden"; der Anschlag auf der Theresienwiese sei nicht durch Neonazis verübt worden sondern die "Tat eines anormalen Menschen" gewesen!

Der bayrische Verwaltungsgerichtshof hob zwar die politischen Verbotgründe wieder auf, nicht aber die von der Stadt vorgeschobenen verkehrstechnischen Gründe, so daß die Veranstaltung platzte und verschoben werden mußte. Am Tag vor der Landtagswahl in Bayern wurde die Kundgebung "Es klagen an" dann doch durchgeführt, an der trotz aller Schwierigkeiten 3000 Leute teilnahmen.

GUSTAV NOSKE

Seit diesem Sommer steht im Kieler Ratsdienergarten ein Denkmal, das an die von Kiel ausgehende Novemberrevolution von 1918 erinnern soll. Die Ausgewogenheit gebietet nach Ansicht der Kieler CDU, das Revolutionsdenkmal in einem "Noske-Park" einzubetten.

Zur Geschichte: Bereits im August 1917 und im Oktober 1918 hatten sich Matrosen in Wilhelmshaven geweigert, den Krieg durch Auslaufen der Flotte zu verlängern. Reichpietsch und Köbis waren die ersten Matrosen, die wegen Meuterei hingerichtet wurden, viele wurden verhaftet. Anfang November 1918 bildeten Kieler Matrosen einen Soldatenrat und kämpften für die Freilassung ihrer Kameraden, die sofortige Beendigung des Krieges und die Demokratisierung der Armee durch Absetzung der kaiserlichen Offiziere.

Noske bildete in Kiel die "Eiserne Brigade", die unter der Leitung von kaisertreuen Offizieren im Jahre 1919 Berliner Arbeiter und damit die revolutionäre Erhebung niederschoss. "Einer muß der Bluthund sein," sagte er von sich selbst.

In Kiel, auch unter den Sozialdemokraten, mehren sich die Stimmen, die sich gegen die Ehrung des "Bluthundes" Noske aussprechen. Ein zur Zeit diskutierter Gegenvorschlag lautet, den Ratsdienergarten nach den beiden hingerichteten Wilhelmshavener Matrosen in Reichpietsch-Köbis-Platz umzubenennen.

HANS ESSER

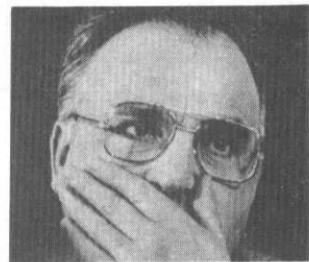
Aus Protest gegen die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit lud unsere Falken-Gruppe vor dem "Haus der deutschen Arbeitgeber" in Köln neulich eine saftige Ladung Mist aus. Plötzlich kam eine Truppe bayrischer Polizisten in Zivil (Arbeitgeber-Präsident Hans Essers Leibgarde) aus dem Haus. Die schick und modisch gekleideten Herren, von denen einer eine Schußwaffe trug, stürzten sich auf die (teilweise arbeitslosen) Jugendlichen und prügeln auf sie ein. Sie zerrten drei unserer Leute ins Gebäude ebenso wie einen anwesenden Pressefotografen. Nur mit Hilfe der später angerückten "normalen" Polizei (grün-weiß uniformiert) konnten unsere Leute wieder aus den Klauen der Unternehmer befreit werden.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, daß die Kapitalisten nur "unser Bestes" wollen. Aber das bekommen sie nicht!

Rainer S., Mitglied der SJD - Die Falken, Köln

Düstere wirtschaftliche Aussichten

"WENDE" AUF SCHWACHEN BEINEN



Mit der Wahl Kohls zum Bundeskanzler sind wieder alle entscheidenden Staatsämter mit CDU/CSU-Leuten besetzt: Bundespräsident, Bundestagspräsident, Kanzler, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes. Sozialdemokratische Senioren wie Herbert Wehner und Heinz Kühn meinen, daß es jetzt wieder 15 - 20 Jahre dauern wird, bis die SPD erneut regieren kann.

Es gibt keine politische und wirtschaftliche Grundlage mehr für eine stabile und dauerhafte bürgerliche Regierung. Heutzutage ist kein wirtschaftlicher Spielraum mehr da, um die Arbeiter durch Zugeständnisse zu beschwichtigen. Das Kapital hat ja gerade deshalb Schmidt gestürzt und Kohl an die Macht gebracht, weil die wirtschaftliche Lage des bundesdeutschen Kapitalismus sehr ernst ist und es im Interesse des Profits nötig ist, den Arbeitern ihren Lebensstandard entscheidend zu kürzen.

Seit Mitte 1980 gibt es kein Wirtschaftswachstum mehr. Daran dürfte sich auch 1983 kaum etwas ändern. Weil diese Krise alle westlichen Länder erfaßt hat, werden auch Exporte die BRD-Wirtschaft kaum aus dem Sumpf ziehen können. Die Kapazitäten der Industrie waren im Juni 1982 nur zu 77% ausgelastet (März 1980: 85,9%). Die Investitionen der verarbeitenden Industrie sind 1981 und 1982 real um 6,5% bzw. 5% zurückgegangen. Wenn investiert wird, dann hauptsächlich zum Ziele der Rationalisierung und Ersatzbeschaffung. Mit 16.300 Firmenzusammenbrüchen werden wir 1982 einen absoluten Nachkriegsrekord erreichen. Im Winter wird es 2,5 Millionen Arbeitslose geben, und der Jahresdurchschnitt wird nicht unter 2,25 Millionen liegen. Laut Arbeitsamtstatistik haben wir bereits jetzt 20 Arbeitslose pro offener Stelle! Die gesamte Staatsverschuldung liegt inzwischen bei der astronomischen Summe von 505,4 Mrd. DM! Der Schuldenberg des Bundes ist höher als ein ganzer Jahreshaushalt.

"Finanzielle Anreize" für die Unternehmer kosten Geld, das entweder aus höherer Staatsverschuldung oder aus unseren Taschen kommen muß. Die Regie-

runge und die Unternehmer wollen die Lohnkosten senken, damit sich das Investieren wieder "lohnt". Wie sollen sie aber mehr investieren, wenn uns die Kaufkraft fehlt, um all die Waren aufzukaufen?

Die Kürzungen im sozialen Bereich schaffen dazu noch mehr Arbeitslosigkeit, was letzten Endes die Staatsverschuldung noch mehr erhöht. Die Regierung Kohl wird also das "Kunststück" fertigbringen, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung nach oben zu drücken, so wie es uns Reagan vorgemacht hat.

Investitionen sind ein Ausdruck von Profiterwartungen. Doch weder werden die Arbeiter auf Dauer zur Lohnsenkung bereit sein,



Der Marktgraf schlägt zu. noch sind irgendwo im In- und Ausland die riesigen Absatzmärkte in Sicht, die der Produktionsapparat der BRD braucht. Investitionen setzen auch langfristiges Vertrauen der Kapitalisten in die Zukunft ihres Systems voraus.

Als am 17. September die sozialliberale Koalition zerbrach, gab es unter den Unternehmern und Bankiers Jubel und schnellten die Aktienkurse hoch. Doch am Tag nach der Hessenwahl gab es an der Börse wieder panikartige Kursstürze - das Vertrauen in die "Firma Deutschland" war schlagartig verschwunden!

Die große bürgerliche "Wende" hat denkbar schlecht angefangen. Die Landtagswahlen in Hessen und Bayern zeigen, daß der Wählerumschwung nach rechts ausgeblieben ist. Auch die Ergeb-

nisse für den Münchener Landtag widerspiegeln diesen Bundestrend - eben auf bayerisch.

Die FDP steht vor der Spaltung und muß die versprochenen Neuwahlen fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Noch vor der Regierungserklärung hat Blüms Vorschlag einer halbjährigen Lohnpause die Gewerkschaften gegen das neue Kabinett aufgebracht. Viele Arbeiter und Angestellte, Rentner und Hausfrauen, die bisher CDU/CSU gewählt haben, werden von den scharfen Einsparungen betroffen und dadurch von der CDU/CSU abgestoßen werden.

Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer werden unter dem Druck der Basis härtere Töne anklingen lassen und Aktionen gegen die schwarze Regierung anführen müssen. Es wird jetzt mehr Streiks und Demonstrationen geben. Auf die Dauer kann keine Regierung gegen den Widerstand der 8 Millionen Mitglieder starken Gewerkschaftsbewegung im Amt bleiben.

Schon hat die herrschende Klasse Angst davor, daß bei Bundestags-Neuwahlen im März ein "hessisches Ergebnis" zustandekommt. Falls es (unter irgendeinem Vorwand) doch keine Neuwahlen geben sollte und die Kohl-Regierung bis 1984 Zeit hätte, um das Lambsdorff-Papier Stück um Stück durchzudrücken, dann wäre im Herbst 1984 eine schwere Wahlniederlage von CDU/CSU und FDP (ihr Ende!) und auch eine absolute SPD-Mehrheit durchaus möglich.

Das Kapital hat gehofft, daß die bisherige Sparpolitik unter Helmut Schmidt die Arbeiter demoralisieren und von der SPD abstoßen würde - doch das Gegenteil ist der Fall. Seit dem 17. September sind viele Tausende spontan der SPD beigetreten, darunter auch viele junge Arbeiter. Die Stimmung an der SPD-Basis ist so gut wie schon lange nicht mehr.

Die Parteiführung muß jetzt bereit sein, mit der bisherigen Politik der Anpassung an das Kapital Schluß zu machen und mit voller Kraft für eine absolute Mehrheit zu mobilisieren.

Hans-Gerd Öfinger

← kampfonds →

SPENDENKONTO:
Angela Bankerl,
PschA, Essen
2422 50-432

DIE MARXISTISCHE STIMME DER SPD STÄRKEN

* Eine konservativ-reaktionäre Regierung ist am Ruder.

* Alle sozialen Errungenschaften sind in Gefahr.

* Die Arbeitslosigkeit geht auf die 3,- Millionen-Grenze zu.

Gründe genug, daß es eine marxistische Zeitung in der organisierten Arbeiterbewegung geben muß, die grundlegende Lösungen in die Diskussion einbringt.

* An der SPD-Basis wird zunehmend auch über die Fehler der 13 sozialliberalen Jahre diskutiert.

* Zehntausende neuer Mitglieder sind in den letzten Wochen in die SPD eingetreten.

Gründe genug, daß es eine marxistische Zeitung gerade auch in der SPD geben muß.

Der "Vorwärts" von oben ist das Sprachrohr des Parteivorstands und der Parteiprominenz. Die "VORAN" von unten ist Sprachrohr aktiver Jungsozialisten, Falken, SPD-Mitglieder und Gewerkschafter an der Basis.

Bei unserem letzten bundesweiten Seminar wurden von rund 50 Teilnehmern 936,96 DM gesammelt!

Weiterhin erhielten wir:

- aus Stuttgart u.a.:
12,- DM von einem Kollegen von Bauknecht; 10,- DM von einem Bezirksbeiratsmitglied, der einen Teil seines

Sitzungsgeldes spendete; 10,- DM von Ernst Haar, MdB und Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands.

- von einer Essener Veranstaltung gegen Ausländerfeindlichkeit u.a.:

15,- DM aus dem Verkauf unserer Filzschreiber "Jugend für Sozialismus"; 4,80 DM Spende von Heinz-Oskar Vetter, Europaparlamentarier.

- aus Remscheid u.a.:

von Karl-Helz Roelke, Transportarbeiter, 20,- DM; von Manfred Kuty, IG-Metall-Bevollmächtigter, 7,80 DM;

von August Weider, Pensionär, 10,- DM.

UND WANN KOMMT DEINE SPENDE ?



Labour-Delegierte: Ideen kann man nicht ausschließen

"Mehrheit gegen Trotzlisten", "Labour stimmt für Ausschluß der Extremisten", "Ausschluß der Militant" - so oder ähnlich lauteten in den vergangenen Wochen die Schlagzeilen der bundesdeutschen bürgerlichen Presse über den letzten Parteitag der Labour-Party in England. Was dann an "Berichterstattung" folgte, war meist ein Gemisch aus Verzerrungen, Halb- und Unwahrheiten.

Auf dem Parteitag fand ein innerparteilicher Flügelkampf nun einen vorläufigen Höhepunkt. Zweifellos ist das Ergebnis ein Rückschlag für den linken Flügel. Doch der Sieg der sogenannten "Gemäßigten" steht auf tönernen Füßen.

Register

Was wurde nun genau beschlossen? Nicht etwa direkt der Ausschluß von Militant-Anhängern, wie hier ebenso oft wie falsch berichtet wurde, sondern zunächst nur die Einführung eines Registers aller erlaubten parteiinternen Gruppierungen, deren es in der Labour Party eine ganze Reihe gibt. Alle Gruppen und Initiativen müssen sich um die Eintragung ins Register bewerben und Unterlagen über ihre Ziele, Tätigkeit und Finanzierung einreichen. Der Labour Party-Vorstand entscheidet dann über die Aufnahme ins Register. Hinsichtlich der Militant-Tendenz haben die Rechten allerdings schon vorher angekündigt, daß sie nicht ins Register aufgenommen werden soll. (Wie demokratisch!) Aufgrund des Registers kann der Vorstand also jetzt gegen unliebsame Tendenzen und Strömungen vorgehen und z.B. Parteiaus-schlußverfahren einleiten.

Das Register, so beteuerten die Rechten auf dem Parteitag, solle nur die Parteisatzung schützen und richte sich allein gegen "Militant" als angebliche "Partei in der Partei".

Doch schon bei den Wahlen zum Parteivorstand wurde deutlich, daß es gegen die gesamte Linke ging: linke Kandidaten und bisherige Vorstandsmitglieder wurden abgeschossen, und die Rechten konnten sich um 2 Sitze verstärken. Sie haben nun zum erstenmal alleine die Mehrheit im Vorstand, auch ohne auf Stimmen aus der sogenannten "Mitte" oder von linken Überläufern angewiesen zu sein.

Nach dem Parteitag geht also jetzt der Kampf um Art und Umfang der Ausschlüsse erst los.

Militant ist das Rückgrat der Parteilinken, wird von der überwältigenden Mehrheit (90%) der Jungsozialisten unterstützt, gewann kürzlich per Urabstimmung der Mitglieder die Präsidentschaft der größten Gewerkschaft des

öffentlichen Dienstes (CPSA), verfügt über bestimmenden Einfluß in fast 100 Partei-Unterbezirken und stellt bisher acht der Direktkandidaten für Labour bei der nächsten Unterhauswahl.

Kein Wunder, daß die bürgerliche "Frankfurter Allgemeine" über die Stimmung nach dem Abstimmungs-Sieg berichtet: "Aber selbst der gemäßigte Flügel konnte am Tag nach dem Siege nicht sagen, wie denn die Militant-Tendenz an der Labour-Partybasis, wo sie unbestritten zu den fleißigsten Aktivisten der Bewegung gehört, ausgeschaltet werden kann."

Doch wie konnte es überhaupt zu diesem Abstimmungsergebnis kommen?

Blockstimmen

Die von den 630 Partei-Unterbezirken gewählten Delegierten verfügen auf dem Parteitag nur

Labour-Parteitag in England

BASIS GEHT NACH LINKS FÜHRUNG NACH RECHTS

"Register" gibt Möglichkeit zur Verfolgung Linker

über rund 700.000 Stimmen. Aber die einzelnen Gewerkschaften, die der Partei angeschlossen sind, haben rund 7 Millionen Stimmen.

Oftmals ist es der Gewerkschaftsvorsitzende, der ohne Rücksprache oder Basisbeschuß die Blockstimme seiner Organisation nach eigenem Gutdünken in die Waagschale wirft. Obwohl die Parteirechte unter der Mitgliedschaft fast jeglichen Rückhalt verloren hat, können sie sich auf dem Parteitag oftmals noch auf die Blockstimmen in den Händen rechter Gewerkschaftsführer verlassen.

Im Fall des Anti-Militant-Beschlusses gaben mehrere Gewerkschaftsführer den Ausschlag für die Rechten, obwohl deren Gewerkschaftstage sich eindeutig gegen einen Ausschluß der Militants ausgesprochen hatten. So lag z.B. bei der Transportarbeitergewerkschaft (fast 1,3 Millionen Parteistimmen!) ein entsprechender Beschluß sowohl vom Gewerkschaftskongreß wie auch vom Vorstand vor. Trotzdem brachte deren Gewerkschaftssekretär diese Stimmen gegen Militant zum Tragen. Von den

sechs größten Gewerkschaften hatten fünf auf ihren Kongreßen Beschlüsse gegen das Register gefällt. Dennoch stimmten vier davon auf dem Parteitag für die Hexenjagd auf Linke.

Militant sei ein Hindernis für den Wahlsieg, sagen die Rechten, Militant würde die Arbeiterwähler abschrecken. Warum haben dann bei den letzten Kommunalwahlen ausgerechnet die Militant-Kandidaten für Labour Stimmgewinne herausgeholt, während die Partei im Rest des Landes den Bach hinunter ging? Warum sind dann in allen Unterbezirken, wo es Militant-Parlamentskandidaten gibt, hunderte von Arbeitern in die Partei eingetreten, während anderswo Mitglieder austreten?

Falkland

Militant sei "eine Mischung aus theoretischem Dogmatismus und praktischem Opportunismus", schreibt die "Frankfurter Rundschau" und behauptet, Militant habe den Falkland-Krieg verteidigt. Eine ziemlich dreiste und unverschämte Lüge, die offensichtlich ein Journalist vom anderen abgeschrieben hat. (In

der "Neuen" stand es zuerst). Militants Position war - im Gegensatz zur sonstigen Parteilinken - eindeutig und unmißverständlich: Nein zum Krieg Thatchers! Aber auch nein zur Militärjunta in Argentinien! (Militant hat nicht den Fehler begangen, den Manövern der argentinischen Mörderbande noch irgendetwas "progressives" abzugewinnen). Den Krieg zum Anlaß nehmen, eine Kampagne zum Sturz der Tory-Regierung durch Labour und die Gewerkschaften einzuleiten! Das waren die Positionen, die man in jeder Militant nachlesen konnte.

Scheinsieg

Militant ist nicht geschwächt. Im Gegenteil: die Unterstützung für ein marxistisches Programm wird in der Labour Party in den nächsten Jahren erst richtig anwachsen. Der Scheinerfolg der Rechten wird von kurzer Dauer sein.

Kurt Pfeifle, SPD-Mitglied, z.Zt. Aachen

Bürgerliche Regierung in Schweden wieder abgewählt:

WIRD PALME MIT DEM KAPITAL BRECHEN?

Aus der schwedischen Parlamentswahl am 19. Oktober 1982 ist die sozialdemokratische Partei SAP als Sieger neu vorgegangen. Mit 45,9% der Stimmen stellt sie 166 Abgeordnete. Die drei bürgerlichen Parteien erhielten zusammen 163 Abgeordnetensitze. Der neue Ministerpräsident, Olaf Palme, kann außerdem mit der Unterstützung von zwanzig kommunistischen Abgeordneten rechnen. Hintergrund für diesen Wahlausgang ist die wirtschaftliche Lage Schwedens. Das von Sozialdemokraten gepriesene "Modell Schweden" ist von der internationalen kapitalistischen Krise nicht unberührt geblieben. In den letzten sechs Jahren gingen die Gesamtinvestitionen um 40% zurück. Seit 1976 die erste von vier bürgerlichen Koalitionsregierungen an die Macht kam, ist der Lebensstandard gesunken.

Nach dem II. Weltkrieg konnte die stark exportabhängige schwedische Industrie vom weltweiten Wirtschaftsaufschwung profitieren. Dafür ist sie heute um so mehr anfällig für die Auswirkungen der weltweiten Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems: Seit 1973 verlor sie ein Drittel des Auslandsmarktanteils.

Der schwedische Kapitalismus zeigt nun sein wahres Gesicht:

- Das Bruttosozialprodukt stieg 1981 um weniger als 1%.
- Die jährliche Inflationsrate liegt über 10% (1981 12%).
- Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit beträgt 4% (166.000), bei Jugendlichen 7% (57.000). Dazu kommen über 200.000, die nicht von der Statistik erfaßt sind. Es gibt insgesamt eine Arbeitslosigkeit von 10-12%.

Aus Angst vor der starken Gewerkschaftsbewegung (über 90% der Arbeiter sind organisiert!) haben die bürgerlichen Regierungen die Arbeitslosen in Umschulungskursen untergebracht. Das hat das Problem nicht gelöst, sondern nur verschoben und die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben.

Die erste bürgerliche Regierung versuchte noch, durch Geldhilfen die durch die Krise betroffenen Unternehmen zu retten, um ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Sie pumpte 40 Mrd. Kronen allein in den Schiffsbau, Erz-, Stahl- und Holzverarbeitung. Den Arbeitern hat dies wenig gebracht. Dafür ist die Staatsverschuldung auf 300 Milliarden Kronen angestiegen.

Um diese Staatsverschuldung zu verringern, wurden Kürzungen bei den Renten, dem Arbeitslosengeld und den Zuschüssen zu



Wahlsieger Palme: Welchen Weg geht seine Partei?

Kindertagesstätten vorgenommen. Außerdem sollte die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die ersten beiden Tage wegfallen. Gegen die Einführung dieser Karenztage gab es im Frühjahr zahlreiche (politische!) Streiks und Massendemonstrationen der Arbeiter.

Auf kapitalistischer Grundlage wird der Regierung Palme nichts anderes übrigbleiben, als früher oder später dazu überzugehen, die Ausgaben für Sozialeistungen, Gesundheitswesen, Mieten und Bildung zusammenzustreichen. Weil führende Parteifunktionäre dies wissen, haben sie bereits angefangen, kritische Stimmen in der SAP zu unterdrücken. Einige Wochen vor der Wahl wurden in Südschweden 10 Genossen, welche die marxisti-

sche Zeitung OFFENSIV unterstützen, aus den Jungsozialisten und der Partei ausgeschlossen. Weitere Ausschlüsse sind angedroht.

Diese Genossen fordern die Verstaatlichung der Banken und Großkonzerne unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung und die Ausarbeitung eines Produktionsplanes. Und es stimmt: Wenn erst einmal die 1-2% der Haushalte enteignet sind, die 75% aller Aktien kontrollieren, dann wird es möglich sein, in einer demokratisch geplanten Wirtschaft den erreichten Lebensstandard nicht nur zu halten, sondern sogar auszubauen.

Dieter Janßen, SPD- und IG-Metall-Mitglied, Mannheim



Aus spontanen Streiks und Demonstrationen entwickelten sich bereits 1905 die ersten Sowjets, die aber erst unter der politischen Führung der Bolschewiki 1917 die Macht errangen.

Arbeiterklasse ist noch zu schwach, die Bourgeoisie aber nicht mehr stark genug, um alleine zu herrschen. Doppelherrschaft besteht nur so lange, wie es ein ungefähres Kräftegleichgewicht zwischen Proletariat und Bourgeoisie gibt. Dieses Kräftegleichgewicht hält aber nicht lange. Entweder siegt das Kapital, oder die Arbeiterklasse setzt sich durch. Um den Sieg der Arbeiter zu sichern, ist eine konsequente Führung nötig. Diese Führung konnte nur von den Bolschewiki gestellt werden.

"Aprilthesen"

Als Lenin, der weitsichtigste und erfahrendste unter der alten bolschewistischen Garde, am 3. April aus dem Exil nach Rußland zurückkam, fand er eine "versöhnlerische" Partei vor, die unfähig zur Führung war. Lenin stellte seine "Aprilthesen" auf, für die er nach kurzem innerparteilichem Kampf gegen Stalin und andere eine Mehrheit fand. Darin kritisierte er scharf die bisherige anpasslerische Linie und forderte die Machteroberung durch die Arbeiterklasse. Somit kam Lenin nun zur gleichen Schlußfolgerung wie Trotzki lange vorher. Erst jetzt wurden die Bolschewiki wieder zu einer echten revolutionären Partei. So war z.B. eine ihrer Forderungen: "Alle Macht den Räten". Es zeigte sich auch bald, wie recht Lenin mit seiner Perspektive hatte.

Jullaufstand

Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre verloren wegen ihrer schwankenden und bremsenden Haltung immer mehr Anhänger. Denn im Juni 1917 hatte sich die wirtschaftliche Lage enorm verschlechtert. Die Provisorische Regierung gab in einem Halbjahre mehr Geld für den Krieg aus, als der Zar in einem ganzen Jahr (1915). Es kam zu einer hohen Inflation und zu wirtschaftlichem Chaos. Die Versorgung wurde immer schlechter. So gab es in Petrograd nur noch für 10 bis 15 Tage Brot.

Vereinzelt brachen Streiks und Potestaktionen aus. Der Kampf um höhere Löhne allein brachte jedoch keinen Erfolg, weil die Preise noch schneller stiegen, sondern entmutigten nur die Arbeiter. Der Unmut über die Re-

gierung wuchs immer mehr. Die Arbeiter Petrograds wollten bewaffnet auf sie Straße gehen, um die Regierung zu stürzen.

Die Kraft der revolutionären Arbeiter von Petrograd alleine war nach Ansicht der Bolschewiki noch zu klein für eine erfolgreiche Revolution in ganz Rußland. Es mußten erst noch mehr Schichten der Arbeiter und Soldaten die Notwendigkeit für eine neue Revolution erkennen.

Am 3. Juli konnten die Bolschewiki die Massen jedoch nicht mehr zurückhalten. Nachdem überall in Petrograd die bewaffneten Arbeiter und Soldaten auf die Straße strömten, beschlossen die Bolschewiki, an der Bewegung teilzunehmen und den Kampf anzuführen. Auch wenn sie gegen den Aufstand zu diesem frühen Zeitpunkt waren, wollten sie doch beim Kampf nicht beiseite stehen. Die Masse forderte "Alle Macht den Sowjets" und "Nieder mit dem Krieg".

Der Aufstand konnte jedoch von Truppen, die die Provisorische Regierung herbeigerufen hatte, niedergeschlagen werden. Es folgten Wochen der Verfolgung und der Demoralisierung. Die Bolschewiki mußten in den Untergrund gehen, ihre Zeitungen waren verboten, die Druckereien beschlagnahmt, ein Teil ihrer Führung saß im Gefängnis. Durch diese Erfahrung brachen immer mehr Arbeiter mit Menschewiki und Sozialrevolutionären und schlossen sich den Bolschewiki an. Währenddessen ging die Regierung immer mehr nach rechts. Ein Putschversuch des Generals Kornilow im August, dem die Provisorische Regierung trotz ihres Rechtsruckes zu lasch war, scheiterte an dem entschlossenen, von den Bolschewiki organisierten Widerstand. Trotzki und andere wurden aus dem Gefängnis befreit und gingen sofort eine Einheitsfront mit ihren gestrigen Gefängniswärtern ein, um den Militärputsch zu schlagen. Dies brachte ihnen endgültig den Durchbruch: Ihre Unterstützung durch die Arbeiter stieg schlagartig an.

Oktober

Im Oktober waren vollends alle Bedingungen für eine zweite Revolution gegeben. Seit dem Februar hatte sich die Zusammensetzung des Sowjets durch Nach-

wahlen ständig verändert, vor allem durch die Ereignisse im Juli und im August.

Dadurch errangen die Bolschewiki eine Mehrheit in den Sowjets und bestimmten somit deren Politik. Die Sowjets hatten eine große Autorität in den Augen der Bevölkerung. So hatten die Bolschewiki die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter und zumindest die Sympathie der Bauern.

Die Unterstützung der Soldaten konnten sie leicht gewinnen: Der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung, Kerenski, versuchte nämlich, Petrograder Garnisonen ohne wirklichen Grund an die Front zu versetzen. Damit wollte er die Macht der unter den Soldaten stark verankerten Revolutionäre in Petrograd schwächen.

Die Bolschewiki stellten sich mit Hilfe des Sowjets gegen den Abtransport. Am 16. Oktober wurde vom Petrograder Sowjet ein militärisches Revolutionskomitee mit Trotzki als Vorsitzendem gegründet. In allen Truppenteilen und Organisationen wurden Kommissare gewählt. Die Soldaten gehorchten nur noch Befehlen des militärischen Revolutionskomitees.

Die Provisorische Regierung war

isoliert und hatte keine Autorität mehr. Dadurch, daß die Regierung machtlos war, war die Oktober-Revolution schon zum größten Teil geschafft.

Am 25. Oktober wurden in Petrograd alle strategisch wichtigen Punkte wie z.B. Telefonzentralen, Bahnhöfe, Paläste und Vorratslager besetzt. Reaktionäre Kräfte leisteten kaum Widerstand gegen die neue Mehrheit. Das Winterpalais, wo einige Offizierschüler sich verschanzt hatten, wurde in kurzer Zeit überrannt. Die provisorische Regierung wurde verhaftet. Die Sowjets übernahmen die Macht alleine. Der Aufstand setzte sich im ganzen Land fort, stieß kaum auf Gegenwehr und war insofern ein relativ friedlicher und unblutiger Machtwechsel.

Am 26. Oktober fand der 2. allrussische Sowjetkongreß statt. Der Kongreß gab mit überwältigender Mehrheit seine Zustimmung zur Revolution und übernahm die Macht im Land.

"Brot, Friede, Land"

Die populärste Parole der Bolschewiki hatte gelautet: "Brot, Friede und Land". Würde die neue Macht diese Forderung erfüllen?

Eine der ersten Handlungen der revolutionären Alleinregierung durch die Sowjets war die Enteignung des Grundbesitzes. Das Land, welches den Großgrundbesitzern abgenommen wurde, sollte durch die lokalen Bauernsowjets an die armen Bauern verteilt werden. Fast gleichzeitig wurden Friedensverhandlungen mit Deutschland aufgenommen. Die Arbeiterklasse hatte unter bolschewistischer Führung innerhalb von ein paar Tagen mehr erreicht, als die verschiedenen, von Menschewiki, Sozialrevolutionären und Bourgeoisie gebildeten provisorischen Regierungen in acht Monaten.

Lehren

Im rückständigsten Land Europas hatten die Arbeiter zum ersten Mal die Macht erobert. Würde dies den Arbeitern in den fortgeschrittenen Staaten ebenfalls gelingen? Die Oktoberrevolution war ein riesiger Ansporn für die europäischen Arbeiter. Mit Begeisterung nahmen sie das russische Beispiel auf. Es folgten Jahre revolutionärer Erschütterungen in ganz Europa. Ungarn,

Deutschland, Österreich, Italien, die Balkanstaaten - sie alle wurden mitgerissen. Um die Arbeiter zum Sieg zu führen, fehlte nur eine einzige Voraussetzung: eine entschlossene revolutionäre Führung, die den Bolschewiki ähnelte. Reformistische Kräfte, welche wie die Menschewiki bremsen und abwarteten, brauchte man dagegen nirgends erst zu suchen.

Doch auch die Kommunistischen Parteien, die nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei entstanden und aus dem linken Flügel der Sozialdemokraten hervorgingen, waren zu unreif und unerfahren; sie begingen zu viele entscheidende Fehler. So siegte überall die Konterrevolution. In Italien, Deutschland und Spanien feierte schließlich in den zwanziger und dreißiger Jahren der Faschismus brutale Triumphe. Die Niederlagen der internationalen Revolutionen in den dreißiger Jahren führten direkt in den II. Weltkrieg.

Durch diese Niederlagen blieb die Arbeiterherrschaft auf Rußland, einem rückständigen Agrarland, begrenzt. Diese Isolation in der Rückständigkeit eröffnete ein neues tragisches Kapitel für die russischen Arbeiter: Eine Bürokratie unter der Führung Stalins erstarkte, stieg auf, errang die Alleinherrschaft im Staat und herrscht heute mit diktatorischen Mitteln über die Planwirtschaft, die als einzige Errungenschaft des Oktobers überlebt hat. Die alte Garde der Bolschewiki stellte sich dieser Entwicklung entgegen und wurde gnadenlos ausradert.

Die Bürokratisierung der Sowjetunion und der Stalinismus schreckt heute noch viele Arbeiter in West-Europa von sozialistischen Ideen ab. Es wird in künftigen Kämpfen der osteuropäischen Arbeitern gegen die stalinistischen Diktatoren überlassen bleiben (siehe Polen), zu beweisen, daß Sozialismus mehr und nicht weniger demokratische Rechte beinhaltet. Die 80er und 90er Jahre werden in Ost- wie in Westeuropa revolutionäre Erschütterungen bringen. Nur eine revolutionäre Führung der Arbeiter nach dem Vorbild der Bolschewiki wird diese Kämpfe zum Sieg führen können: zu Sozialismus und Demokratie.

Tim Kuhlmann, SPD- und Juso-Mitglied, Remscheid



Leo Trotzki * 1879 † 1940

Leo Trotzki entwickelte die Theorie der Permanenten Revolution bereits 1905 auf der Grundlage der Erfahrungen der Arbeiterklasse bei der Revolution in diesem Jahr.

Da der Name mehrdeutig ist, sind über den Charakter dieser Theorie viele Mißverständnisse im Umlauf. Sicherlich bedeutet sie nicht: ein jährliches Auswechseln von politischen und wirtschaftlichen Führungsschichten, eine stete Mobilisierung der Gesellschaft, die nicht mehr zur Ruhe kommt - eine Art permanente "Kulturrevolution".

Leo Trotzki ging davon aus, daß die Kapitalistenklasse in einem rückständigen Land (wie Rußland) unfähig ist, ihre eigene, bürgerliche Revolution durchzuführen, weil

- sie eng mit dem Großgrundbesitz und den Feudalherren verbunden ist (in Rußland waren die Großgrundbesitzer oft identisch mit den Kapitaleigentümern)
- sie von ausländischem Kapital abhängig ist (englisches, französisches und belgi-

PERMANENTE REVOLUTION

sches Kapital besaßen in Rußland die Mehrheit der Industrie).

Durch diese Strukturen kam keine moderne, nationale Bourgeoisie auf, die in einer bürgerlichen Revolution die Macht hätte ergreifen und die wichtigsten Aufgaben wie Bodenreform und Nationalfrage hätte lösen können.

Hieraus folgte Trotzki, daß dann nur die Arbeiterklasse die Aufgaben der bürgerlichen Revolution lösen könne.

Nach der Februarrevolution wurde zunehmend deutlich: die bürgerliche Klasse war nicht in der Lage, auch nur eine brennende Frage zu lösen: sie brachte keinen Frieden, sie teilte das Land nicht auf, sie hatte nicht zum Sturz des Zaren beigetragen. Die Massen der Arbeiter und Bauern stürzten das Zarenregime und überreichten die Macht der Provisorischen Regierung.

Erst die proletarische Revolution - die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern - im Oktober 1917 nahm die Probleme umgehend in Angriff: sie eröffnete Friedensverhandlungen, sie teilte das Land auf, sie gab den vielen Völkern Rußlands das Recht auf Selbstbestimmung. Doch sind die Arbeiter einmal an der Macht können sie nicht stehenbleiben bei den bürgerlichen Aufgaben. So gingen denn auch die Bolschewiki dazu über, die Industrie zu enteignen, und die Planung der Wirtschaft einzuführen. Die Aufgaben

der bürgerlichen Revolution wuchsen so hinüber in die Aufgaben der proletarischen Revolution, - Revolution in Permanenz. Genau dies ist der weitere Schritt in Trotzki's Theorie. Der bolschewistischen Führung unter Lenin und Trotzki war von Anfang an klar, daß das

rückständige Rußland mit absolut niedrigem Stand der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte nicht in der Lage sein konnte, den Sozialismus aufzubauen. Sie sahen die russische nur als Auftakt zur internationalen Revolution, die ihnen zur Hilfe kommen mußte.

Erst Stalin erklärte den "Sozialismus in einem Land" für möglich. Daß dies eben nicht ging, bewies die spätere völlige bürokratische Entartung der rückständigen, isolierten Sowjetunion. Von Sozialismus kann dort bis heute keine Rede sein. Die Stalinisten gingen auch davon aus, daß jedes Land eine bürgerliche Etappe durchmachen müsse. Sie erklärten deshalb kurzerhand die Februarrevolution zu einer abgeschlossenen bürgerlichen Revolution. Diese Etappen-Theorie der Stalinisten steht im genauen Gegensatz zu Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution, deren glänzende praktische Bestätigung die russische Revolution war - die aber auch gerade heute enorme Bedeutung für die Revolution in den kolonialen Ländern hat.

Vor 65 Jahren in Russland:

DIE OKTOBERREVOLUTION

Arbeiter und Bauern erobern die Macht

Vor 65 Jahren eroberte die Arbeiterklasse in Rußland die Macht. Die russischen Ereignisse des Jahres 1917 sind einer der wichtigsten Abschnitte in der Menschheitsgeschichte.

Zum ersten Mal überhaupt überwand die Mehrheit der Bevölkerung, organisiert in Arbeiter- und Bauernräten (Sowjets).

Heute erscheint die Sowjetunion jedoch widersprüchlich. Einerseits hat sich Rußland von einem rückständigen Entwicklungsland zu der zweitstärksten Wirtschaftsmacht der Welt, mit einem gut ausgebauten sozialen Netz entwickelt. Aber andererseits werden die Arbeiter der ganzen Welt abgestoßen durch die brutale Unterdrückung des Stalinismus. Es sei nur an die Moskauer Schau-Prozesse oder die Besetzung der Tschechoslowakei 1968 erinnert. Der Grund für die Schattenseiten der Sowjetunion ist die herrschende Bürokratie, die in Saus und Braus lebt und sich nur durch Gewalt an der Macht halten kann.

Trotzdem hatte und hat die Sowjetunion ein hohes Ansehen. Viele Arbeiter und Bauern in der III. Welt sehen, daß Rußland 1917 die gleichen Probleme hatte, die sie jetzt haben. So konnten vor 1917 70% der Bevölkerung weder lesen noch schreiben. Heute sind es nur noch 5%. Bildung und Ausbildung, Sozialleistungen und Gesundheitswesen haben heute einen viel höheren Stand als es oft selbst in den entwickeltesten kapitalistischen Ländern der Fall ist. Die Planwirtschaft macht eine solche Versorgung möglich.

Eine Revolution wie die Oktoberrevolution könnte die Not in der III. Welt ein für allemal beseitigen. Eine Planwirtschaft in den entwickelten Industriestaaten könnte schlagartig die Arbeitslosigkeit beseitigen und eine ungeheure Weiterentwicklung der Produktivkräfte bewirken (bei gleichzeitig höchstmöglicher Umweltschutz).

Deshalb ist es notwendig, sich mit der Geschichte der russischen Revolution zu befassen. Wir müssen ihre Lehren einbringen in unseren Kampf für den Sozialismus.

Wie kam es, daß ausgerechnet in Rußland die Revolution ausbrach? Hatte Marx nicht gesagt, daß die Revolution zuerst in einem entwickelten Industrieland, wie zum Beispiel England, stattfinden würde? Rußland war ein halbfeudales und rückständiges Land. In Rußland, das ein Sechstel der gesamten Erdoberfläche ausmacht, lebten 1913 80% der Menschen auf dem Land und höchstens 10% als Arbeiter in den Städten. Während in den Industriestädten die Technik des Westens vorherrschte, war die Landwirtschaft noch auf dem Stand des 17. Jahrhunderts.

Die Industrialisierung wurde hauptsächlich durch Kredite oder Beteiligungen westlicher Firmen bezahlt. So gehörten 40% des Aktienkapitals in Rußland den westlichen Imperialisten. Das russische Bürgertum hatte wegen seiner verspäteten Entwicklung nicht die gleiche dominierende Stellung wie in Westeuropa. Es war abhängig von seinen großen imperialistischen Brüdern.

Bürgerliche Revolution bleibt aus

Die Besitzer der Fabriken waren nicht nur Kapitalisten,



Leo Trotzki (Mitte, in heller Uniform) war neben Lenin der bedeutendste Organisator und Theoretiker der Russischen Revolution.

Wenn die Bauern vom Land in die Industriestädte zogen, übersprangen sie die Entwicklung von mehreren Jahrhunderten. Auch in der Stadt lebte die Bevölkerung in ärmlichen Verhältnissen. Das Volkseinkommen pro Kopf war in Rußland vor dem ersten Weltkrieg acht- bis zehnmal niedriger als in den Vereinigten Staaten von Amerika. Es hatte in Rußland keine allmähliche Industrialisierung gegeben. Modernste Maschinen wurden aus England, Frankreich und Deutschland im-

sondern auch gleichzeitig Großgrundbesitzer, die ihre Profite in der Industrie anlegten. Eine bürgerliche Revolution wie in Frankreich und England fand in Rußland nicht statt, weil Kapital und Großgrundbesitz miteinander verflochten waren, d.h. die alte herrschende Klasse (Feudalisten) war mit der neuen herrschenden Klasse (Kapitalisten) weitgehend identisch. Ein weiterer Grund für das Ausbleiben der bürgerlichen Revolution war die Angst der Kapitalisten vor der Arbeiterklasse.



Die geplante Produktion der Landwirtschaft trat an die Stelle des kapitalistischen Großgrundbesitzes und ermöglichte die grundlegende Bekämpfung der Hungersnot.

Die Arbeiterklasse wäre als Fußvolk für eine bürgerliche Revolution nötig gewesen. Aber die Kapitalisten wußten genau: wenn die Arbeiter erst einmal beginnen zu kämpfen, dann hören sie erst auf, wenn sie auch den Kapitalismus überwunden haben. Weder der Imperialismus, noch der Großgrundbesitz, weder das Bürgertum, noch die verstreute Bauernschaft hatten die Kraft oder das Interesse zum Sturz des zaristischen Feudalsystems. So wurde die Überwindung des Feudalismus zur Aufgabe der Arbeiter, wie Leo Trotzki es in seiner "Theorie der permanenten Revolution" vorhergesehen hat. (s. Kasten)

"Die Kette des Imperialismus bricht an ihrem schwächsten Glied zuerst", so ungefähr drückte es Lenin aus. Und dieses schwächste Kettenglied war Rußland.

Weltkrieg verschärft Gegensätze

Die Zahl der politischen Streiks war vor dem I. Weltkrieg rasant angestiegen (1910: 4.000; 1911: 8.000; 1912: 550.000; 1913: 502.000; 1914 (nur 1. Halbjahr): 1.059.000 Teilnehmer an politischen Streiks).

Beim Ausbruch des I. Weltkrieges gab es bei den russischen Parteien ein ähnliches Bild wie in der ganzen Welt. So wie in Deutschland die SPD von einem Tag zum anderen größter Vaterlandsverteidiger wurde, so begannen in Rußland die "Menschewiki" (rechter Flügel der Sozialdemokraten) und die Sozialrevolutionäre (hauptsächlich von Bauern unterstützte Partei) mit einer patriotischen und kriegsunterstützenden Politik. Nur die Bolschewiki (marxistischer linker Flügel der Sozialdemokratie), die sich seit 1912 endgültig von den Menschewiki losgesagt hatten, traten gegen den Krieg

auf. Sie forderten, daß der Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die russischen Kapitalisten umgewandelt werden müsse.

Die Februar-Revolution

Am 23. Februar, dem internationalen Frauentag, demonstrierten die Textilarbeiterinnen in der damaligen Hauptstadt Petrograd. Obwohl sämtliche Organisationen, auch die Bolschewiki, damals im Inland unter der Führung von Stalin, Sinowew, Kamenew, von Streiks und Demonstrationen abrieten, gingen immer mehr Arbeiter auf die Straße. So streikten vom 23. bis zum 27. Februar Hunderttausende. Sie konnten auch die Soldaten für ihre Sache gewinnen.

Wie auch in der Revolution 1905 entstanden spontan Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets). Die Bewegung breitete sich immer mehr aus. So bildeten sich auf dem Lande und in allen Städten Sowjets. Sie waren Organe, die unter direkter Beteiligung aller Arbeiter und Soldaten demokratisch in den Fabriken und Kasernen gewählt wurden. Die Wähler konnten die gewählten Vertreter jederzeit wieder absetzen. Es gab keine Privilegien für die Sowjetdelegierten.

Die Mehrheit in den Sowjets hatten die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre. Die Bolschewiki, mit ihren radikalen Forderungen, blieben zunächst in der Minderheit. Die Massen versuchten, ihre Interessen mit dem geringst möglichen Aufwand durchzusetzen. Deshalb wendeten sie sich zunächst an die Reformisten (Menschewiki und Sozialrevolutionäre). Erst später, als sie vom Reformismus enttäuscht wurden, gingen sie zu radikaleren Lösungen über.

Verwirrung auch bei den Bolschewiki

Wegen der politischen Verfolgung in Rußland weilte der Führungsstab der Bolschewiki während der Februarrevolution im Ausland. Die Bolschewiki hatten damals nur 8000 Mitglieder und waren ohne entschlossene Führung. Sie gerieten zunehmend unter den politischen Druck der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. So rief zum Beispiel die Prawda, die von Stalin und Kamenew herausgegeben wurde, zur kritischen Unterstützung der von den Menschewiki und Sozialrevolutionären mitgetragenen Provisorischen Regierung auf.

Damals herrschte bei den Menschewiki, Sozialrevolutionären und einigen Bolschewiki, wie Stalin, Kamenew oder Sinowew die Meinung vor, daß der Feudalismus erst einmal der Kapitalismus ablösen müsse. Die Februarrevolution hätte den Zaren zum Abdanken gezwungen und somit den Feudalismus überwunden.

Jetzt müßten erstmal die Kapitalisten einige Jahrzehnte lang herrschen. Erst wenn der Kapitalismus weiterentwickelt wäre, sei die Zeit für eine sozialistische Revolution gekommen.

Doppelherrschaft: Sowjets und Provisorische Regierung

Aus dieser Geisteshaltung heraus forderte die Sowjetmehrheit



W.I. Lenin: durch geduldige Arbeit gewann er die Anerkennung der Arbeiter und Bauern.

das Bürgertum auf, eine Regierung zu bilden. Es entstand die Provisorische Regierung unter der Führung von Lwow, einem Kadetten (Kadetten: "konstitutionelle Demokraten", bürgerliche Partei). Doch die Kontrolle über die meisten Fabriken und Garnisonen blieb in den Händen der Sowjets. Es existierten zwei Machtzentren nebeneinander. Der Sowjet vertrat die Arbeiter und Soldaten, und die Provisorische Regierung vertrat die Interessen des Großgrundbesitzes, des russischen Bürgertums und des internationalen Kapitals. Diesen Zustand nennt man Doppelherrschaft. Die Phase von Doppelherrschaft entsteht bei jedem Übergang von einem Gesellschaftssystem zum anderen. Die

Der Widerstand gegen die Regierung des großen Geldes kann nur erfolgreich sein, wenn er entschlossen organisiert ist. Dem Klassenkampf von oben müssen wir den Klassenkampf von unten entgegensetzen. Die Zeiten der sozialen Partnerschaft sind vorbei.

Vor allem die Linken in der SPD müssen endlich Farbe bekennen. Sie haben in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht, indem sie sich vor allem im Parlament meist kritiklos der Fraktionsführung untergeordnet haben. Ob es die "Antiterrorgesetze" oder Sparmaßnahmen waren - seitens der SPD-Linken (unter ihnen ehemalige prominente Jusos!) im Parlament kam selten Widerstand. Kein Wunder, daß Manfred Copplik ihnen vorwarf, sie hätten sich von "links unten nach rechts oben" entwickelt, und schließlich - u. a. auch enttäuscht von seinen Fraktionskollegen - die Partei verließ. Der Opportunismus und das offensichtliche Karrierestreben vieler Ex-Jusos im Parlament hatten ihrerseits wieder eine demoralisierende Wirkung auf den kritischen Teil der SPD-Basis und auf viele aktive Jusos.

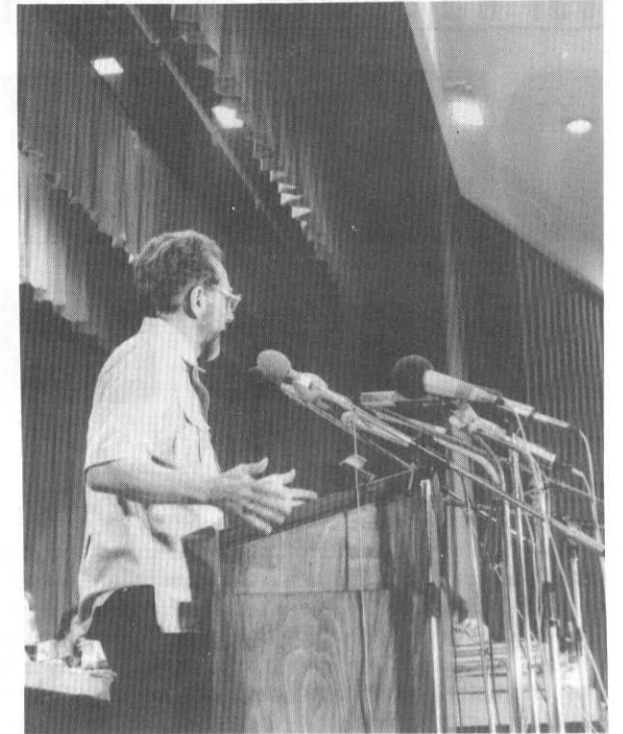
Auch die Jungsozialisten haben in der Vergangenheit das Spielchen zu lange mitgespielt und "alternative" Sparvorschläge gemacht oder eine "alternative" Wirtschaftspolitik gefordert, die die Grundfesten des Systems nicht antastet. Mit diesen Halbheiten muß jetzt Schluß sein. Nur sozialistische Lösungen können noch wirken.

Die Mehrheit der Arbeiter setzt ihre Hoffnungen jetzt in die SPD. Die Austrittswelle hat aufgehört und ist einem Zustrom neuer, meist junger Mitglieder gewichen. Bald werden es 40.000 SPD-Neueintritte sein. Die SPD-Linke muß auf diese Leute bauen, die jetzt gegen Kohl und Genscher aktiv werden. Die neu eingetretenen Jugendlichen sind für sozialistische Ideen offen und nicht zwangsläufig Helmut-Schmidt-Fans. Ein starker linker Flügel kann und muß in der SPD aufgebaut werden. Dazu müßten die SPD-Linken spätestens jetzt eine regelrechte Kampagne an der SPD-Basis, d.h. in den Ortsver-

Schluss mit kapitalistischer Krisenverwaltung

SPD-LINKE MUSS SOZIALISTISCHES PROGRAMM DURCHSETZEN!

Joachim Heuck
Mitglied der
Jusos Hamburg



SPD-Linker Eppler:
Kampagne an der Basis nötig

einen, Kreisverbänden und Unterbezirken durchführen. Außer den jetzt eingetretenen Neumitgliedern müssen auch die Mitglieder erreicht werden, die nach den 13 Jahren Erfahrungen mit sozialliberaler Politik kritischer geworden sind. Gerade in diesen Wochen und Monaten wird an der Basis verstärkt über die Fehler der Vergangenheit diskutiert, werden nach dem Scheitern der Regierung neue Wege und bessere Lösungen gesucht. In diese Diskussion muß sich die Linke aktiv einschalten. Dies ist die Chance, ein sozialistisches Programm zu entwickeln und in der Partei mehrheitsfähig zu machen.

Ein solches Programm der SPD könnte die absolute Mehrheit der Wähler gewinnen, wenn es offensiv vertreten und geduldig erklärt wird: Wenn das Profitsystem des freien Unternehmers nicht zustande kriegt, daß jeder einen sicheren Arbeitsplatz, jeder ein annehmbares Auskommen, jeder eine anständige Wohnung und jeder genügend soziale Sicherheit hat - dann muß dieses System durch ein anderes ersetzt werden, wo diese Ansprüche eine Selbstverständlichkeit sind.

Das heißt aber:

- * Entmachtung und Enteignung des Großkapitals!
- * Überführung der 200 größten Monopole, der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum!
- * Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Fabriken, die Produktion, die Gesellschaft und den Staat mittels Komitees, die etwa wie folgt zusammengesetzt sein könnten:
 - Ein Drittel Vertreter der jeweiligen Belegschaft, um deren Interessen zur Geltung zu bringen.
 - Ein Drittel Delegierte des DGB, um die Interessen der gesamten Arbeiterschaft zu berücksichtigen.
 - Ein Drittel Vertreter des Staates, wegen der Koordinierung

mit dem Zentralplan und um die Interessen einer weiteren Öffentlichkeit (Verbraucher usw.) auszudrücken!

- * Ausarbeitung einer gesamtgesellschaftlichen Planung zur Regulierung der Produktion mit den Zielen:
 - keine Fabriken ungenutzt, keine Maschinen stillstehen und keine Rohmaterialien auf Halde liegen zu lassen;
 - jeden Arbeitslosen und Kurzarbeiter produktiv zu beschäftigen;
 - auf diese Weise den allgemeinen Lebensstandard zu heben und noch bestehendes Elend auszurotten.

von Joachim Heuck,
SPD-Mitglied,
Hamburg

GRÜNE leben vom Versagen der SPD

Die Wähler- und Mitgliederbasis der GRÜNEN besteht weitgehend aus Schichten, die traditionell eher der SPD zuneigen: ein großer Teil der politisch interessierten Jugend, linke Intellektuelle und enttäuschte ehemalige Sozialdemokraten. Die Grünen leben vom Versagen der SPD-Führung:

- * weil die sozialdemokratischen Bundes- und Landesregierungen die Umweltprobleme nicht ernst genug nahmen,
- * weil sie den Bau von atomaren Anlagen rücksichtslos durchpeitschten wollten,
- * und weil sie ohne Widerstand die vom Großkapital diktierte Aufrüstung hinnahmen und durchführten,

erwuchs eine breite Protestbewegung gegen diese Bedrohungen. Es ist an der Zeit, daß die SPD-Führung (auch in Hessen!) diese Fragen aufgreift und zu ernsthaften Verhandlungen mit den Grünen bereit ist. Mit der FDP wurde bedingungslos verhandelt, obwohl deren Vorstellungen viel weniger mit SPD-Zielvorstellungen zu tun haben.

Wie wird es nun weiter gehen? Jetzt ist eine Regierung der sozialen Reaktion an der Macht. Die SPD ist vorläufig Oppositionspartei. Die Gesellschaft polarisiert sich in zwei große Lager: FDP, CDU/CSU und Kapital einerseits; SPD und Gewerkschaften andererseits. In dieser Position wird die SPD zwangsläufig wieder zum Sammelbecken Unzufriedener.

Eine gesunde Umwelt ist genauso wichtig wie eine gesicherte materielle Existenz. Wie können diese beiden Problemkreise unter einen Hut gebracht werden? Die kapitalistische Marktwirtschaft hat beides verursacht: Massenarbeitslosigkeit und Umweltvergiftung. Beides kann nur in einem anderen Wirtschaftssystem, in einer demokratischen Planwirtschaft rückgängig gemacht werden.

Eine Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen kann daher nur dann erfolgreich sein, wenn die SPD die berechtigten Forderungen der Grünen in den verschiedensten Bereichen endlich aufnimmt und diese mit der Forderung nach einer neuen Wirtschaftsordnung verbindet. Den Linken in der SPD kommt hier eine wichtige Rolle in der innerparteilichen Durchsetzung dieser Forderungen zu. Ein solches sozialistisches Programm kann nur durch die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen - SPD und DGB - in die Tat umgesetzt werden, denn nur die Arbeitnehmer mit ihrer wirtschaftlichen Stellung haben die Macht dazu.

Wenn die Grünen bereit sind, auf dieser sozialistischen Grundlage für die Verwirklichung ihrer Forderungen mitzukämpfen, wäre eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich.

Wie links sind die Linkliberalen?

Schon bei der "Operation '82", dem Sparhaushalt der SPD/FDP-Koalition, wurden die Krisenlasten auf die Arbeiter abgewälzt. Auch damals merkten einige Linkliberale - allen voran Frau Schuchardt - an, die Sparmaßnahmen seien "sozial unausgewogen"; das hinderte die FDP-Linken nicht daran, geschlossen dafür zu stimmen.

Über die jetzigen Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und FDP sagte Ingrid Matthäus-Maier, sie hätten auch mit der SPD beschlossen werden können! Sie ist also nicht prinzipiell gegen die darin enthaltenen drastischen Kürzungen zu Lasten der Arbeiter, Angestellten und sozial Schwachen. Sie möchte diese nur lieber mit der SPD durchsetzen.

Auch Hildegard Hamm-Brücher hat nichts gegen eine Koalition mit der CDU; nur die Art und Weise des Wechsels hat sie gestört. Jetzt, wo die Entscheidung gefallen ist, will sie sich der Mehrheit anpassen. Die SPD-Parteiführung sollte endlich aufhören, zwischen guten und schlechten Liberalen zu unterscheiden und mit den Linkliberalen zu lächeln. Es darf keine Koalition mehr mit bürgerlichen Parteien geben, auch nicht mit sogenannten "progressiven" Bürgerlichen.

Sollte die SPD-Spitze etwa mit dem Gedanken spielen, prominenten FDP-Abwehrlern Plätze auf den SPD-Wahllisten oder Wahlkreisen anzubieten? Davor kann man nur warnen! Diese FDP-Politiker wären trojanische Pferde in der SPD. Unser Ziel, der demokratische Sozialismus, ist auch mit den linken Liberalen nicht zu erreichen. Sie stehen fest auf dem Boden der kapitalistischen Marktwirtschaft. Wir müssen deshalb für unser Programm allein um eine absolute Mehrheit kämpfen. Die Linkliberalen sollen sich für ihre Forderungen auch selbst ihre Mehrheiten suchen. Die SPD hat jedenfalls keine Stimme, keinen Listenplatz und keinen Wahlkreis zu verschenken!

In interview

SPD VON UNTEN ERNEuern

VORAN sprach mit August Weider aus Remscheid. August ist 66 Jahre, seit über 30 Jahren aktives SPD-Mitglied und Ratsmitglied seit '75.

VORAN: Der kalte Machtwechsel in Bonn hat einen stärkeren Zulauf zur SPD gebracht.

AUGUST: Der Zulauf zur SPD ist gut. Doch wir dürfen nicht übersehen, daß die SPD bereits vor dem Sturz durch die FDP große Probleme gehabt hat. Die falsche Politik der SPD-Spitze hat ja erst zu den 36% in der Wählergunst geführt. Das zeigte die Umfragen vor dem Sturz.

VORAN: Was ist an der SPD-Politik "falsch"?

AUGUST: Die SPD hat in den 50er Jahren eine falsche Richtung eingeschlagen. Man versuchte mit dem Godesberger Programm ins Fahrwasser des bürgerlichen Staates zu kommen. Schumacher hat die Partei "reformiert".

Der Blick der Partei ging zum deutschen Bürgertum hin, dabei hat man den Arbeiter vernachlässigt.

VORAN: Auf welche Weise könnte denn die SPD die Unterstützung der Arbeiter und Angestellten langfristig zurückgewinnen?

AUGUST: Die SPD muß wieder eine sozialistische Politik vertreten: gerechte Verteilung der vorhandenen Güter, für eine humane Gesellschaftsform ohne Leistungsdruck, Hilfe für diejenigen, die der Hilfe bedürfen.

VORAN: Wer soll denn diese Politik durchsetzen? Die Parteispitze?

AUGUST: Darauf zu warten, wäre wohl falsch. Diese Ziele können nur von unten nach oben durchgesetzt werden. Wir brauchen eine aktivere Basis.

Wir können es nicht hinnehmen, daß die Funktionäre die Politik nach unten bestimmen. Die Richtlinien der Politik dürfen nicht länger von oben nach unten dirigiert werden, sondern umgekehrt muß es laufen! Bevor irgendwelche verbindliche Sachen zur offiziellen Politik erhoben werden, muß vorher die Basis dazu gehört werden.

VORAN: Wie siehst Du die Zukunft für die SPD?

AUGUST: Wir hätten uns schon viel eher von der FDP trennen müssen. Wir hätten schon viel früher sagen müssen: "Bis hierher und nicht weiter!" Die Sache mit der Koalition ist ja zuletzt Kappes gewesen. Es geht jetzt darum, die Partei zu einigen und aus eigener Kraft wieder an die Regierung zu kommen. Wir müssen im kommenden Wahlkampf CDU/CSU und Genscher mit seinen Umfollern angreifen!

VORAN: Und die Linkliberalen? Kommen die noch in Zukunft als möglicher Koalitionspartner in Frage?

AUGUST: Gegenüber den Linkliberalen bin ich kritisch. Bei der FDP weiß man doch nie, was da links oder rechts ist - das ist doch nicht klar abgegrenzt! Ich will ja kein Prophet sein, aber die SPD wird sich wieder von unten erneuern - durch die Aktivitäten der Basis. Sie wird wieder mit dem alten kämpferischen Geist eine erneute Regierung anstreben, die dann aber im Interesse der Arbeiterschaft handeln muß!

In Remscheid ist es mal wieder soweit: 104 Beschäftigte der Thyssen-Schmiedetechnik sollen auf die Straße gesetzt werden. Berücksichtigt man die Arbeitnehmer, die zusätzlich aufgrund natürlicher Abgänge oder Kündigungen ausscheiden, so ist die wirkliche Zahl der vernichteten Arbeitsplätze höher. Diese bevorstehenden Entlassungen sind nicht die ersten in Remscheid, einer Stadt, die lange Zeit von den Auswirkungen der Krise verschont zu bleiben schien: Mit der Firma Hürxthal im Jahr 1978 fing es an. Der Betrieb wurde geschlossen. Es folgten die Firmenpleiten bei Arns, Reckhammer, Stahlwerk Ibach. Auch Thyssen selber entließ vor 2 Jahren ca. 500 Arbeiter. Jetzt erwartet die Remscheider IG Metall, daß zwischen Oktober und Dezember 1982 im Bereich der Verwaltungsstelle 1000 Arbeitsplätze verlorengehen.

Bei den jetzt anstehenden Kündigungen sind vor allem die Bereiche der Schaufel- und Zahnradfertigung betroffen.

Ein möglicher Grund für die Entlassungen könnte folgender sein: Das Werk in Remscheid ist in den sogenannten Schmiedevergleich der Thyssenschmiedern mit einbezogen. Seine Wirtschaftsbilanz ist mit der anderer Werke verglichen worden. Der Sinn dieses Vergleiches: Weniger wirtschaftlich arbeitende Werke werden teilstillgelegt, ganz stillgelegt oder mit anderen zusammengeschlossen. Dabei muß nicht eine schlechtere Auftragslage vorhanden sein. Es geht lediglich darum, mehr Gewinn zu erwirtschaften - auf Kosten der Arbeitsplätze.

Verlagerung

Ein Beispiel, wie ein ganzes Werk einer solchen "Gesundung" zum Opfer fallen kann, bietet der "Schalker Verein": für diese Gießerei in Gelsenkirchen wurde vor etwa eineinhalb Jahren ein Hochofen errichtet - mit Subventionen der Bundesrepublik und der EG. Wie in allen Bereichen der Montan-Mitbestimmung mußte der Betriebsrat seine Zustimmung geben. Weil er nicht mitziehen wollte, drohte Thyssen damit, daß für den Restbestand keine Investitionen mehr getätigt werden sollten. Das Problem wurde jedoch dann dadurch "gelöst", daß der schöne neue Hochofen einfach explodierte - welch ein Zufall!

Der Betriebsrat konnte zwar für die Betroffenen einen Sozialplan durchsetzen, die Arbeitsplätze aber sind vernichtet! Übrigens hat der Thyssen-Konzern in Ägypten ganz genau die gleiche Anlage wie in Gelsenkirchen errichten lassen. Der Verdacht liegt also nahe, daß Thyssen das Werk in Gelsenkirchen sterben lassen wollte, um in Ägypten mit weitaus niedrigeren Lohnkosten zu produzieren.

Teilzeitangebot

Im Remscheider Zweigwerk wurden schon vor einigen Monaten einige Frauen aus der Schaufelfertigung entlassen. Ihnen wurde Teilzeitarbeit angeboten. Die Frauen waren hierzu nur unter einer Bedingung bereit: wenn sie die Garantie bekämen, daß sie auch in einem Jahr noch ihren Arbeitsplatz behalten. Diese Garantie wollte Thyssen ihnen natürlich nicht geben. Deshalb lehnten die meisten dieses ach so gütige Angebot ab und gingen lieber g l e i c h stempeln.



Stahlproduktion in einem Thyssen-Werk: Paritätische Mitbestimmung hat Arbeitsplatzabbau nicht verhindert

Massenentlassung bei Thyssen in Remscheid

FÜR EINBLICK IN DIE GESCHÄFTSBÜCHER!

Denn werden sie aus einer Teilzeitbeschäftigung entlassen, bedeutet das nur die Hälfte des Arbeitslosengeldes.

Der Vertrauenskörper sammelte Unterschriften für eine außerordentliche Betriebsversammlung, die der Betriebsrat dann auch einberief. Dieser informierte zunächst die Belegschaft und stellte dann bei der Werksleitung die Anfrage nach einem Antrag auf Massenentlassung. Die Betriebsleitung hatte nämlich vorgehabt, die Betroffenen nach und nach bis September 1983 zu entlassen. Damit wäre sie elegant um (genehmigungspflichtige) Massenentlassungen und - viel wichtiger - um einen Sozialplan herumgekommen. Mittlerweile ist der Antrag beim Arbeitsamt Solingen gestellt worden.

Der Betriebsrat legte daraufhin zwei Vorschläge für einen Sozialplan vor. Besonders geschützt sind demnach Arbeiter von 50 bis 55 Jahren. Den 56- bis 58jährigen wird es freigestellt, unter Zahlung einer Abfindung auszuscheiden. Diese Abfindung kann bis zu 25.000 DM betragen.

Sozialplan

Teilt man diese auf den ersten Blick so hoch erscheinende Summe durch zwölf Monate, so hat man monatlich ca. 2.000.- DM zur Verfügung - weniger als ein Facharbeiter verdient. Für den Betrieb also eine recht billige Lösung - und für den betroffenen Arbeiter? Der verliert nach einem Jahr seinen Anspruch auf Ar-

beitslosengeld. Die Möglichkeiten, in diesem Alter noch Arbeit zu finden, sind gleich Null. Er kann sehen, wie er sich bis zur Rente durchmogelt. Sollte ein Arbeiter auf dieses "verlockende" Angebot verzichten, so muß der Betriebsrat jemanden zur Entlassung vorschlagen, der als "sozial stärker" gilt, z.B. einen jüngeren, ledigen Arbeiter, der möglicherweise eher wieder Arbeit finden kann. Aber selbst wenn dies der Fall sein wird - der Arbeitsplatz ist weg.

Dieses Beispiel zeigt das Dilemma des Betriebsrates bei seinen Mitbestimmungs-"Rechten": er muß zwischen zwei Übeln wählen, im besten Fall kann er die Lage ein wenig mildern. Auch die vielgepriesene Montan-Mitbe-

stimmung kann daran nichts ändern, daß die "soziale" Marktwirtschaft ihre Krisen auf Kosten der Arbeitsplätze austrägt. Gerade jetzt, in Zeiten der Massenentlassungen und der Firmenpleiten erweisen sich die bisher bestehenden Möglichkeiten der Betriebsräte als völlig unzureichend. Um massiven Arbeitsplatzabbau zu verhindern, reicht auch die Montan-Mitbestimmung nicht aus! Der DGB sollte deshalb für weitgehende Kontrollmöglichkeiten durch die Betriebsräte kämpfen:

- für das uneingeschränkte Recht, jederzeit die Geschäftsbücher einsehen zu können. Nur so können wir feststellen, ob die Gründe der Geschäftsleitung der Wahrheit entsprechen. Wohin sind die Gewinne geflossen?
- Stellt es sich heraus, daß die Auftragslage tatsächlich schlecht ist, so ist dies nur ein Grund mehr, die vorhandene Arbeit auf viele aufzuteilen und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen.

Mitbestimmung reicht nicht

Da die Großkonzerne aber nicht regional oder national beschränkt, sondern weltweit verflochten sind, müssen auch die Gewerkschaften international zusammenarbeiten. Dies ist vor allem wichtig, wenn ein Unternehmer wie im Beispiel "Schalker Verein" in einem Land Arbeitsplätze vernichtet, während er die Produktion in ein Land verlagert, in welchem er mit hoher Ausbeutung billigster Arbeitskraft große Gewinne machen will.

Diese Forderungen werden aber so lange nicht verwirklicht werden können, wie die Unternehmer die Wirtschaft in ihren Händen halten und mit unserer Arbeitskraft verfahren können, wie es ihnen beliebt. Erst wenn wir die Großkonzerne, Versicherungen und Banken in Gemeineigentum überführt haben und selber die Wirtschaft planmäßig kontrollieren, ist gewährleistet, daß für uns produziert wird und nicht wie bisher für eine kleine Gruppe von Schmarotzern.

Iris Cirkel, SPD-Mitglied Remscheid

Schliessung von Rotaprint in Wiesbaden

SOZIALPLAN IST NUR TROSTPFLASTER

Wiesbaden stellt keine Ausnahme in der allesumgreifenden Arbeitsplatzvernichtung dar. Hier ist es die Firma Rotaprint (Herstellung von Offset-Druckmaschinen), die Ende September geschlossen hat.

Weil die dort produzierten Maschinen nicht mehr so gefragt sind wie erwartet, und weil eine Investition in Berlin (Sitz der Firma) bis zu 25% billiger ist, wird eine Belegschaft von rund 400 Arbeitern - mehr als die Hälfte über 45 Jahre alt - auf die Straße gesetzt.

Doch vorher wurden die Arbeiter vertröstet und angeschwändelt. Noch im Dezember 1980 gab die Geschäftsleitung bekannt, daß 5 Millionen DM investiert würden, nachdem die Arbeiter aus Sorge um ihre Arbeitsplätze auf eine genaue Auskunft

drängten.

Im September 1981 verweigerte die Geschäftsleitung gegenüber dem Betriebsrat jegliche Stellungnahme zu den Schließungsgerüchten.

Im Oktober 1981 kam es zu einem Geschäftsführerwechsel, - wohl um die Versprechungen des Vorgängers nicht einhalten zu müssen, ohne dabei das Gesicht zu verlieren.

Obwohl die Firmenleitung noch Anfang Februar 1982 behauptete, die Schließung wäre keineswegs sicher, wurde sie am 25.2.82 bekanntgegeben. Schon eine Woche später segnete der Aufsichtsrat diesen Beschluß ab.

Die Kollegen reagierten mit einer spontanen Arbeitsniederlegung und einer Demonstration vor dem Fabrikator. Auch aus anderen Wiesbadener Betrieben waren

Abordnungen erschienen, um ihre Solidarität zu zeigen. Am 19.3.82 machte die Belegschaft einen Schweigemarsch zum Rathaus, wo gerade der Oberbürgermeister, Geschäftsleitung und IG Metall-Vertreter über die Zukunft von Rotaprint verhandelten. Damit protestierten sie gegen die Demontage ihrer Arbeitsplätze, welche die Vernichtung ihrer Existenzen nach langen Arbeitsjahren für die Firma bedeutet, die hohe Gewinne erzielt hatte.

Dies ist nur ein Fall von vielen. Hinter all den nüchternen Zahlen stehen Menschen, die wie auf einem Schachbrett hin- und hergeschoben werden.

Es wird Zeit, daß wir die Situation klar erkennen. Die Gewerkschaften müssen radikalere Forderungen stellen und dafür kämpfen anstatt bloße

Trostpflasterchen in Form von Sozialplänen anzunehmen.

Wenn die privaten Besitzer einen Betrieb nicht mehr weiterführen können, dann muß dieser Betrieb vom Staat übernommen und durch die Arbeiter demokratisch kontrolliert werden.

Die Arbeiter müssen unterstützt werden in ihrem Existenzkampf. Viele werden aufgeschlossen sein für neue Ideen. Die Gelegenheit ist da, um die Arbeiter über die Zusammenhänge der kapitalistischen Krise aufzuklären und sozialistische Lösungen aufzuzeigen. Es liegt nun an uns aktiven Gewerkschaftern und Sozialisten, diese Chance nicht einfach zu verpassen.

Maria Clara Roque, Mitglied der Jusos und der Falken, Wiesbaden

VORAN

Sternstunden des Parlaments ?

GRUSELKABINETT

Mit dem neuen Kabinett Kohl/Genscher hat die herrschende Klasse endlich die Regierung, die sie sich schon lange gewünscht hat. Viele neue Minister kommen aus Chefetagen der wirtschaftlichen Macht und bringen auch sonst reaktionären Mief mit.

Helmut Kohl verdankt seine steile politische Karriere vor allem seinem väterlichen Freund, dem Ex-Nazi und Konzernherrn Fritz Rles. (Pegulan)

Finanzminister **Stoltenberg** war in den 60er Jahren Direktor beim Krupp-Konzern.

Wirtschaftsminister **Graf Lambsdorff** hat sich als Vorstandsmitglied der Victoria-Rückversicherungs-AG und Aufsichtsratsmitglied zahlreicher Konzerne (Industrieverwaltungsgesellschaft, Saarbergwerke, VEBA, Deutsche Investment Trust u.a.) um das Wohl des Kapitalismus verdient gemacht.

Das Lambsdorff-Papier, das bei den Unternehmern breiten Zuspruch fand, veranlaßte ausgerechnet den neuen CDU/CSU-Fraktionschef Dregger zu der kritischen Bemerkung, Lambsdorff verkehre wohl zu oft in den Chefetagen der Großkonzerne und habe kein Gespür dafür, was beim Bürger ankomme!

Dregger war selbst Referent des früheren Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Ex-NSDAP-Mitglied, Gustav Stein, und hat natürlich nichts Grundsätzliches gegen das Lambsdorff-Papier einzuwenden.

Entwicklungshilfe-Minister **Warnke** war als Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Keramischen Industrie e.V. tätig.

Forschungsminister **Heinz Riesenhuber** als technischer Geschäftsführer bei der Synthower Chemie GmbH.

Postminister **Schwarz-Schilling** ist selbst Unternehmer (Accumulatorenfabrik Sonnenschein in Büdingen) und Auf-

sichtsratsmitglied der R+V Allgemeine Versicherung AG.

Bildungsministerin **Wilms** hat am Institut der Deutschen Wirtschaft ihre Erfahrungen gesammelt.

Auch Verkehrsminister **Dollinger** ist selbst Unternehmer und hat sich als Vorsitzender im Wirtschaftsbeirat der Union, als Präsident des Verbandes Deutscher Nahrungsmittelgroßhandel und als Mitglied im Beirat der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG betätigt.

Mehr deutsche nationale Traditionspflege wird Verteidigungsminister **Wörner** garantieren. Oberst Rudel zollt Wörner "hohen Respekt vor der herausragenden Tapferkeit und der vorbildlichen soldatischen Haltung ... im Zweiten Weltkrieg." Darüberhinaus hat er sich als Teilnehmer am Treffen der 9. SS-Panzer-Division "Hohenstaufen" und Mitarbeiter des reaktionären "Deutschland--Magazins" einen Namen gemacht.

Schließlich ist auch der neue Innenminister **Zimmermann** ("Old Schwurhand") kein unbeschriebenes Blatt. Nach seiner Verwicklung in die Bayerische Spielbanken-Affäre wurde er zuerst wegen Meineids zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, die jedoch in der Revision wieder aufgehoben wurde, weil man ihm zum Zeitpunkt des Meineids verminderte Zurechnungsfähigkeit wegen Krankheit zubilligte. Als Chef über wesentliche Staatsorgane (Polizei, Grenzschutz, Verfassungsschutz) wird er wohl bald zeigen können, was ein RECHTS-Staat ist.

Der einzige in dieser Runde, der tatsächlich schon einmal einen Betrieb von innen gesehen hat, ist Arbeitsminister **Blüm**. Mit seinem Vorschlag einer halbjährigen Lohnpause hat er sich für das reaktionäre Kabinett qualifiziert.

Alles in allem ein Gruselkabinett, das wir uns nicht leisten können!

DER WÄHLERWILLE ZÄHLT NICHT VIEL

Da gewann die FDP 1980 durch ihre Wahlaussage zugunsten der SPD 10,6% - darunter sehr viele Zweitstimmen von SPD-Wählern. Die so gewonnenen Mandate werden jetzt in eine Koalition mit der CDU eingebracht. Aber Neuwahlen? Um Gottes Willen! Wichtige Staatsgeschäfte dulden jetzt keinen Aufschub! (Will man sie dafür im Frühjahr etwa schleifen lassen?) Alles wird an den Haaren herbeigezogen, um zu begründen, warum der Palaststreich ohne Befragung des Wählers nötig und richtig war.

Anders dagegen in Hessen: dort hat der Wähler soeben in Kenntnis aller Koalitionsaussagen entschieden. Doch siehe, er hat nicht recht getan. Wählte er doch einfach die FDP raus und die Grünen rein. Zu allem Überflus gab er der CDU keine absolute Mehrheit. Es liegt auf der Hand: Hessen ist unregierbar. Neuwahlen müssen her.

Leider machen es die Sozial-

demokraten in Hamburg nicht anders: auch ihnen paßt das Ergebnis der letzten Bürgerschaftswahl nicht. Nach ein paar Scheinverhandlungen mit den Grünen möchten sie jetzt auch von dem allgemeinen Stimmungsumschwung zugunsten der SPD profitieren und schlagen Neuwahlen vor.

So sehr wird der Wille des Wählers geachtet, daß man ihn glatt noch einmal, und diesmal gefälligst vernünftig, wählen lassen will.

sind sie nur noch ihrem "Gewissen" verantwortlich (nicht mehr ihren Wählern).

Mit einer Volksvertretung hat das alles nicht viel zu tun - zumal sich die Abgeordneten ihre Gewissensentscheidungen nicht zu knapp vergüten lassen (Diäten: rund 11.500,- DM). Eine echte demokratische Kontrolle ist nur zu gewährleisten, wenn unsere Vertreter

-jederzeit wieder abwählbar sind; nur so kann man sie ständig an ihre Rechenschaftspflicht erin-



UND DER ZIMMERMANN SCHWÖRT STEIN UND BEIN: ES SOLL DER MEINEID KÜNFTIG NICHT MEHR STRAFBAR SEIN !

Rationalisierungswelle trifft Angestellte

Bald 4 Millionen Arbeitslose ?

K.H. Fischer
SPD-Mitglied
Nürnberg

"Nach dem Machtwechsel in Bonn wird alles besser," verspricht Kohl. Wie Konservative alles "besser" machen, zeigen seine Kollegen in Großbritannien und Amerika recht deutlich.

Arbeitslosigkeit in der BRD

Die Zahl der Stellensuchenden, die zwischen 1960 und 1975 um 1,9 Millionen zurückging, was den Arbeitsmarkt erheblich entlastete, wird zwischen 1975 und 1988 um 1 Million zunehmen. Da aber die Stellenzahl in den letzten Jahren nicht mehr stieg, bekamen die geburtenstarken Jahrgänge keine Arbeit, oder sie verdrängten andere (Alte, Schwerbehinderte).

Inzwischen ist die Stellenzahl rückläufig, so daß 1982 einer Zunahme der Arbeitskräfte um 240.000 ein Rückgang der Stellenzahl von 330.000 gegenüberstehen wird. Wegen der langanhaltenden Wirtschaftskrise entlassen die Betriebe jetzt sogar ihre hochspezialisierten Fachkräfte, d.h. auch gut Ausgebildete bleiben von der Arbeitslosigkeit nicht mehr verschont.

Die Zumutbarkeitsregelung kann daran nichts ändern, sondern nur Angst schüren und Fachkräfte zu Hilfsarbeitern "abwerten".

Ob durch Wirtschaftswachstum mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, hängt davon ab, in welchem Wirtschaftssektor

und unter welchen Bedingungen mehr geleistet wird. So bedeutet Wachstum in hochmechanisierten Sektoren lediglich, die Maschinen schneller laufen zu lassen, und bei einem stark rationalisierenden Betrieb das Auswechseln der Maschinen gegen leistungsfähigere, wobei jeweils kein einziger Arbeiter neu eingestellt werden



muß. Falls es aber dennoch zum Aufschwung käme, würden zuerst die vorhandenen Überkapazitäten ausgelastet und es würde wieder verstärkt rationalisiert, ohne daß es zu nennenswertem Abbau der Arbeitslosigkeit käme. Trotz der lückenhaften Kenntnisse sagt sogar die "Arbeitsmarktbilanz" der Bundesanstalt für Arbeit bei einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2-2,5% 3 Millionen Arbeitslose für 1985 und 4 Millionen für 1990 voraus.

Diese Zahlen werden sicherlich übertroffen, da wir seit gut 2 Jahren überhaupt kein Wirtschaftswachstum mehr haben und die neue Rationalisierungswelle, die in den kommenden 10 Jahren ca. 50% der Angestellten überrollen wird, keinerlei Berücksichtigung findet.

Was können wir tun?

Aber nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Umweltverschmutzung und die angeschlagene Ökologie bedrohen uns.

Wie weit muß es noch kommen, damit die Mehrheit einsieht, daß es so nicht weitergehen kann? Der Kapitalismus, dessen Wurzel der Profit ist, muß endlich einer Gesellschaftsform weichen, in deren Mittelpunkt das Wohl aller steht. Zweimal schon hat sich der Kapitalismus seiner Krisen durch Weltkriege entledigt (Deutschland hatte im 2. Weltkrieg etwa genausoviele Tote wie Arbeitslose vorher - so läßt sich dieses Problem auch lösen).

Deshalb fordern wir:

- *35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust! Gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle!
- *Die Entscheidung über Entlassungen und Einstellungen muß alleine in den Händen der Betriebsräte und der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper liegen!
- *Wenn eine Firma wirklich bankrott ist, muß sie verstaatlicht und unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt werden!

Sollten - frei nach Brecht - die Regierungen nicht am besten gleich das Volk auflösen und sich ein neues wählen?

In unserer sogenannten "parlamentarischen Demokratie" hatte der Wähler noch nie viel zu melden:

-Er darf alle vier Jahre sein Kreuzchen machen; doch damit kann er nicht einmal die Regierungsbildung beeinflussen. In der gesamten Geschichte der Bundesrepublik fand ein Regierungswechsel noch nie auf Grund einer Wahl statt, sondern immer durch Koalitionsvereinbarungen und -wechsel. Das gilt auch für sämtliche Landtagswahlen der Nachkriegszeit, mit der einzigen Ausnahme: Bayern 1958, als der Wechsel von SPD zur CSU direkt aus einer Landtagswahl hervorging.

-Hat der Wähler die Abgeordneten einmal gewählt, so

ern und notfalls ersetzen. -nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn; nur so sind sie an die Lebensumstände der Masse ihrer Wähler angebunden und können sich nicht sozial von ihrer Wählerschaft entfernen.

Echte politische Demokratie kann es aber nur dann geben, wenn die wirtschaftliche Macht nicht mehr in wenigen Händen konzentriert ist, sondern in Gemeineigentum und unter demokratischer Kontrolle. Denn sonst werden die Mächtigen sich immer einen Genscher, Lambsdorff, Kohl oder Strauß heranziehen und durch Druck und Bestechungen demokratische Rechte zu wertlosen Papierfetzen machen.

Angela Bankert,
Mitglied des Juso-Vorstands,
Remscheid

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,-DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen Nr. 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 61 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name:

Adresse:

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75